

Schriften zum Strafrecht

---

Band 312

# Der Irrtumsnachweis beim Massenbetrug

Anforderungen an die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung  
bei einer Vielzahl an Zeugen

Von

Elisa Frank



Duncker & Humblot · Berlin

ELISA FRANK

Der Irrtumsnachweis beim Massenbetrug

Schriften zum Strafrecht

Band 312

# Der Irrtumsnachweis beim Massenbetrug

Anforderungen an die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung  
bei einer Vielzahl an Zeugen

Von

Elisa Frank



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München  
hat diese Arbeit im Wintersemester 2016/2017 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany  
ISSN 0558-9126  
ISBN 978-3-428-15293-3 (Print)  
ISBN 978-3-428-55293-1 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85293-2 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung war im Mai 2017. Für die Veröffentlichung wurde die Arbeit noch geringfügig überarbeitet. Sie berücksichtigt den Stand der Rechtsprechung und Literatur bis April 2017.

Die Erstellung dieser Dissertation war für mich eine sowohl fachlich als auch persönlich bereichernde Erfahrung. Auf diesem Weg haben mich zahlreiche Menschen begleitet und unterstützt, wofür ich ihnen an dieser Stelle danken möchte.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Matthias Krüger, gilt mein großer Dank für seine stets konstruktive, fachliche und persönliche Unterstützung sowie die mir überlassene Freiheit in der Themenwahl und Ausarbeitung. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die darin enthaltenen hilfreichen Anmerkungen bedanke ich mich vielmals bei Herrn Professor Dr. Ralf Kölbl.

Meinem Mentor Dr. Matthias Schütrumpf sei herzlich gedankt für zahlreiche Gespräche, in denen er mir als geschätzter Diskussionspartner mit wertvollen Anregungen zur Seite stand.

Besonderer Dank gebührt meinem Mann und meinen Eltern. Sie haben mich während der gesamten Zeit großzügig unterstützt, liebevoll ermutigt und interessiert begleitet.

München, im Juni 2017

*Elisa Frank*



# Inhaltsübersicht

Einleitung .....	29
------------------	----

## *Teil 1*

<b>Hinführung zur verfahrensrechtlichen Problematik bei Massenverfahren</b>	33
---	----

### *1. Kapitel*

<b>Begriff des Massenbetrugsverfahrens</b>	33
--	----

A. Abhängigkeit von der Deliktsart .....	33
B. Massenhafte Anzahl der mutmaßlich Irrenden .....	33
C. Verhältnis zum Begriff der Serienstraftat .....	34

### *2. Kapitel*

<b>Verfahrensprinzipien der Beweisaufnahme</b>	35
--	----

A. Ziel, Aufgabe und Grenzen des Strafverfahrens .....	35
B. Verhältnis vom Strafrecht zum Strafprozessrecht .....	36
C. Eine umfassende Beweisaufnahme fordernde Verfahrensprinzipien .....	38
D. Den Umfang der Beweisaufnahme einschränkende Verfahrensprinzipien .....	44
E. Interessen des Angeklagten .....	48
F. Zusammenfassung .....	48

## *Teil 2*

<b>Ausgangsüberlegungen zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug</b>	49
---	----

### *1. Kapitel*

<b>Der Betrugstatbestand</b>	49
------------------------------	----

A. Rechtsgut .....	51
B. Täuschungsmerkmal .....	51
C. Irrtumsmerkmal .....	70
D. Konkurrenzen .....	81
E. Strafzumessung .....	89

### *2. Kapitel*

<b>Fallgruppen des Massenbetrugs</b>	94
--------------------------------------	----

A. Abrechnungen im Gesundheitsbereich .....	94
B. Geltendmachung von unbegründeten oder überhöhten Forderungen .....	97



C. Abschluss von nachteiligen oder wirtschaftlich sinnlosen Verträgen .....	100
D. Kostenfallen .....	102
E. Nicht funktionierende Geschäftsmodelle .....	104
F. Weitere Fälle .....	105

### *3. Kapitel*

<b>Strukturmerkmale des Massenbetrugs</b> .....	107
A. Anzahl der Irrenden .....	107
B. Täuschung mithilfe von Telekommunikation .....	109
C. Geringer Individualvermögensschaden, großer Gesamtschaden .....	110
D. Konkurrenzen .....	110
E. Strafzumessung .....	111
F. Bandenbetrug und Organisierte Kriminalität .....	112
G. Zusammenfassung .....	113

### *Teil 3*

<b>Lösungsansätze</b> .....	114
-----------------------------	-----

### *1. Kapitel*

<b>Die Beschränkung des Verfahrensstoffs</b> .....	116
A. Rechtsprechungsübersicht .....	116
B. Absehen von der Strafverfolgung gemäß § 154 StPO bzw. Beschränkung der Strafverfolgung gemäß § 154a StPO .....	117
C. Bewertung und Ergebnis .....	122

### *2. Kapitel*

<b>Die Bestrafung wegen Versuchs statt Vollendung</b> .....	124
A. Rechtsprechungsübersicht .....	124
B. Materiell-rechtlich: Irrtum als subjektives Merkmal im Tatentschluss .....	131
C. Prozessual: Beschränkung der Strafverfolgung auf den Versuch .....	135
D. Bewertung .....	139
E. Ergebnis .....	148

### *3. Kapitel*

<b>Das uneigentliche Organisationsdelikt</b> .....	149
A. Materiell-rechtlich: Uneigentliches Organisationsdelikt .....	149
B. Prozessual: Beweiserleichterungen über die Konkurrenzen .....	170
C. Bewertung .....	173
D. Ergebnis .....	202

*4. Kapitel***Das normativ geprägte Vorstellungsbild** 204

A. Rechtsprechungsübersicht	204
B. Materiell-rechtlich: Normativierung der Tatbestandsmerkmale	213
C. Prozessual: Beweiserleichterungen durch Indizienschluss	228
D. Bewertung	246
E. Ergebnis	291

*5. Kapitel***Die Verlesung von Fragebögen** 293

A. Rechtsprechungsübersicht	293
B. Einsatz von Fragebögen	294
C. Bewertung	300
D. Ergebnis	306

*6. Kapitel***Die Vorschläge *de lege ferenda*** 307

A. Einführung eines neuen Straftatbestands in Form eines Eignungsdelikts ( <i>Trüg</i> )	307
B. Erstreckung der Beschränkung der Strafverfolgung auf den Versuch in § 154a StPO ( <i>Krell</i> )	308

*7. Kapitel***Die Restriktionen im Beweisantragsrecht** 310

A. Rechtsprechungsübersicht	311
B. Gründe für die Ablehnung des Beweisantrages	313
C. Bewertung	319

*8. Kapitel***Der eigene Vorschlag: Die Kombinationslösung** 321

A. Anwendungsvoraussetzungen	322
B. Erster Baustein: Fragebögen	324
C. Zweiter Baustein: Zeugenvernehmungen <i>pars pro toto</i> in der Hauptverhandlung	344
D. Umgang mit den Ergebnissen	346
E. Beweisantragsrecht	347
F. Vereinbarkeit mit den Verfahrensprinzipien	349
G. Praxistauglichkeit	353
H. Zusammenfassung	354

<b>Fazit</b>	355
--------------	-----

<b>Literaturverzeichnis</b>	360
-----------------------------	-----

<b>Sachwortregister</b>	372
-------------------------	-----



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	29
-------------------------	----

## *Teil I*

<b>Hinführung zur verfahrensrechtlichen Problematik bei Massenverfahren</b>	33
---	----

### 1. Kapitel

<b>Begriff des Massenbetrugsverfahrens</b>	33
--	----

A. Abhängigkeit von der Deliktsart .....	33
B. Massenhafte Anzahl der mutmaßlich Irrenden .....	33
C. Verhältnis zum Begriff der Serienstraftat .....	34

### 2. Kapitel

<b>Verfahrensprinzipien der Beweisaufnahme</b>	35
--	----

A. Ziel, Aufgabe und Grenzen des Strafverfahrens .....	35
B. Verhältnis vom Strafrecht zum Strafprozessrecht .....	36
C. Eine umfassende Beweisaufnahme fordernde Verfahrensprinzipien .....	38
I. Amtsaufklärungspflicht .....	38
II. Beweiswürdigungsgrundsatz .....	39
III. Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	40
IV. Konfrontationsrecht .....	42
D. Den Umfang der Beweisaufnahme einschränkende Verfahrensprinzipien .....	44
I. Effektivität und Effizienz der Strafrechtspflege .....	44
II. Prozessökonomie .....	45
III. Beschleunigungsgrundsatz .....	47
E. Interessen des Angeklagten .....	48
F. Zusammenfassung .....	48

*Teil 2***Ausgangsüberlegungen zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug** 49

## 1. Kapitel

**Der Betrugstatbestand** 49

A. Rechtsgut	51
B. Täuschungsmerkmal	51
I. Ausdrückliche Täuschung	52
II. Konkludente Täuschung	53
1. Faktisch-normativer Mischansatz der herrschenden Meinung	53
2. Faktisch-normative Ansätze in der Literatur	55
a) Bung	55
b) Jahn und Maier	56
c) Kasiske	56
d) Vogel	57
3. Rein normative Ansätze in der Literatur	57
a) Frisch	57
b) Gauger	57
c) Kindhäuser	58
d) Kubiciel	58
e) Lackner	59
f) Pawlik	59
g) Seelmann	59
h) Wittig	60
4. Normativierungstendenzen in der Rechtsprechung	60
a) Insertionsoffertenbetrug	60
b) Sportwettbetrug	60
5. Normativismus als Unter- und Obergrenze	62
a) Konkreter oder objektiver Empfängerhorizont	63
b) Tatsächliche oder objektivierte Erwartungen der Verkehrsteilnehmer	65
c) Normativierung als Ober- und Untergrenze	66
aa) Normativierung als Obergrenze	66
bb) Normativierung als Untergrenze	67
6. Stellungnahme	67
III. Täuschung durch Unterlassen	68
IV. Abgrenzungen	69
C. Irrtumsmerkmal	70
I. Irrtum	71
II. Intensität der Fehlvorstellung	71
1. Ignorantia facti	71

2. Sachgedankliches Mitbewusstsein	72
3. Opfermitverantwortung	73
a) Zweifel	74
b) Leichtgläubigkeit	74
4. Einfluss des europarechtlichen Verbraucherleitbildes	75
III. Normativierung und Feststellung des Irrtumsmerkmals	77
1. Faktischer Ansatz der herrschenden Meinung	77
2. Normative Ansätze in der Literatur	78
a) Frisch	78
b) Kubiciel	79
c) Naucke	79
d) Pawlik	79
3. Zusammenfassende Stellungnahme	80
D. Konkurrenzen	81
I. Tateinheit bei Handlungseinheit	82
1. Tateinheit bei Handlung im natürlichen Sinn und bei natürlicher Handlungseinheit	82
a) Handlung im natürlichen Sinn vs. natürliche Handlungseinheit	82
b) Eine konkurrenzlose Gesetzesverletzung vs. gleichartige Tateinheit	84
c) Einheitstheorie vs. Mehrheitstheorie	87
2. Tateinheit wegen rechtlicher Handlungseinheit beim uneigentlichen Organisationsdelikt	88
II. Tatmehrheit bei Handlungsmehrheit	88
III. Überblicksschema	88
E. Strafzumessung	89
I. Absorptions- oder Asperationsprinzip	89
II. Regelbeispiele für einen besonders schweren Fall des Betrugs	90
1. Gewerbsmäßigkeit, § 263 III 2 Nr. 1 Var. 1 StGB	90
2. Schadenshöhe, § 263 III 2 Nr. 2 Var. 1 StGB	91
3. Anzahl der Geschädigten, § 263 III 2 Nr. 2 Var. 2 StGB	91
III. Unbenannter besonders schwerer Fall	92
IV. Strafzumessung, § 46 II StGB	93

2. Kapitel

<b>Fallgruppen des Massenbetrugs</b>	94
A. Abrechnungen im Gesundheitsbereich	94
I. Fall 1: BGH, Urt. v. 05. 12. 2002–3 StR 161/02	95
II. Fall 2: BGH, Urt. v. 22. 08. 2006–1 StR 547/05	95
III. Fall 3: BGH, Urt. v. 10. 12. 2014–5 StR 405/13	96
IV. Fall 4: BGH, Urt. v. 12. 02. 2015–2 StR 109/14	96

B. Geltendmachung von unbegründeten oder überhöhten Forderungen	97
I. Fall 5: BGH, Beschl. v. 09.06.2009 und Urt. v. 17.07.2009 – 5 StR 394/08	97
II. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12	98
III. Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13	98
IV. Fall 8: BGH, Beschl. v. 03.02.2015 – 3 StR 544/14	100
C. Abschluss von nachteiligen oder wirtschaftlich sinnlosen Verträgen	100
I. Fall 9: BGH, Beschl. v. 31.01.2012 – 3 StR 285/11	101
II. Fall 10: BGH, Beschl. v. 15.10.2013 – 3 StR 154/13	101
III. Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14	101
IV. Fall 12: BGH, Beschl. v. 01.10.2015 – 3 StR 102/15	102
D. Kostenfallen	102
I. Fall 13: BGH, Urt. v. 05.03.2014 – 2 StR 616/12	103
II. Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13	103
E. Nicht funktionierende Geschäftsmodelle	104
I. Fall 15: BGH, Urt. v. 19.11.2015 – 4 StR 115/15	104
II. Fall 16: LG Düsseldorf, Urt. v. 31.07.2014 – 14 KLS – 130 Js 44/09–10/12	105
F. Weitere Fälle	105
I. Fall 17: BGH, Urt. v. 22.11.2013 – 3 StR 162/13	105
II. Fall 18: BGH, Beschl. v. 17.06.2014 – 2 StR 658/13	106

### 3. Kapitel

<b>Strukturmerkmale des Massenbetrugs</b>	107
A. Anzahl der Irrenden	107
B. Täuschung mithilfe von Telekommunikation	109
C. Geringer Individualvermögensschaden, großer Gesamtschaden	110
D. Konkurrenzen	110
E. Strafzumessung	111
F. Bandenbetrug und Organisierte Kriminalität	112
G. Zusammenfassung	113

### Teil 3

<b>Lösungsansätze</b>	114
-----------------------	-----

#### 1. Kapitel

<b>Die Beschränkung des Verfahrensstoffs</b>	116
A. Rechtsprechungsübersicht	116
B. Absehen von der Strafverfolgung gemäß § 154 StPO bzw. Beschränkung der Strafverfolgung gemäß § 154a StPO	117
I. Eine oder mehrere prozessuale Taten	117
1. Mehrere prozessuale Taten, § 154 StPO	117

2. Eine prozessuale Tat, § 154a StPO ..... 118

II. Keine Wesentlichkeit der einzustellenden Taten, §§ 154 I Nr. 1, 154a I 1 Nr. 1 StPO 118

1. Bezugspunkt: Rechtsfolgenminus bzgl. der gesamten Rechtsfolge ..... 119

2. Anwendung bei Massenbetrugsfällen ..... 120

III. Kein Urteil in angemessener Frist, §§ 154 I Nr. 2, 154a I 2 i.V.m. § 154 I Nr. 2 StPO 121

C. Bewertung und Ergebnis ..... 122

2. Kapitel

**Die Bestrafung wegen Versuchs statt Vollendung**

124

A. Rechtsprechungsübersicht ..... 124

I. Praxis der Instanzgerichte und Reaktionen des ersten, zweiten und dritten Senats 125

1. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12 ..... 125

2. Fall 17: BGH, Urt. v. 22.11.2013 – 3 StR 162/13 ..... 125

3. Fall 13: BGH, Urt. v. 05.03.2014 – 2 StR 616/12 ..... 126

4. Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14 ..... 126

5. Fall 8: BGH, Beschl. v. 03.02.2015 – 3 StR 544/14 ..... 128

II. Vorgehen des ersten und vierten Strafsenats in der Revisionsinstanz ..... 128

1. BGH, Beschl. v. 22.01.2013 – 1 StR 416/12 ..... 128

2. Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13 ..... 129

III. Zusammenfassung ..... 130

B. Materiell-rechtlich: Irrtum als subjektives Merkmal im Tatentschluss ..... 131

I. Erleichterter Nachweis des Irrtums im Tatentschluss als subjektive Tätervorstellung 132

1. Feststellung des Tatentschlusses durch Geständnis des Angeklagten ..... 132

2. Feststellung des Tatentschlusses durch Indizien ..... 133

II. Strafzumessung ..... 133

1. Ablehnung der fakultativen Strafmilderung, § 23 II StGB ..... 133

2. Besonders gesteigertes Handlungsunrecht ..... 134

3. Strafzumessung in der Revisionsinstanz ..... 134

III. Zusammenfassung ..... 135

C. Prozessual: Beschränkung der Strafverfolgung auf den Versuch ..... 135

I. Bestrafung des Versuchsdelikts *in dubio pro reo* ..... 135

1. Anwendung des Zweifelssatzes beim Stufenverhältnis ..... 135

2. Überspannte Anforderungen an Beweiswürdigung ..... 136

II. Teileinstellung bei mehreren Taten, § 154 I Nr. 1, II StPO ..... 137

III. Beschränkung der Strafverfolgung auf die Versuchsstrafbarkeit nach § 154a StPO 137

IV. Beschränkung der Strafverfolgung auf die Versuchsstrafbarkeit nach § 154a StPO analog ..... 138

D. Bewertung ..... 139

I. Positive Aspekte ..... 139



II. Kritik	140
1. Zur Versuchsstrafbarkeit infolge der Anwendung des Zweifelssatzes	140
a) Amtsaufklärungspflicht	140
b) Beweiswürdigungsgrundsatz	140
c) Zusammenfassung	142
2. Zur Beschränkung der Strafverfolgung auf die Versuchsstrafbarkeit nach § 154a StPO	142
a) Einstellungsgegenstand	143
aa) Abtrennbare Teile	143
bb) Einzelne von mehreren Gesetzesverletzungen	143
cc) Zwischenergebnis	144
b) Keine Wesentlichkeit der einzustellenden Taten, § 154a I 1 Nr. 1 StPO	144
c) Kein Urteil in angemessener Frist, § 154a I 2 i.V.m. § 154 I Nr. 2 StPO	144
d) Zusammenfassung	145
3. Zur Verfolgungsbeschränkung auf die Versuchsstrafbarkeit gemäß § 154a StPO analog	145
a) Analogieverbot	146
aa) Analogieverbot im Strafverfahrensrecht	146
bb) Analogie in bonam partem	146
cc) Analogie bei Ausnahmevorschriften	147
b) Stellungnahme	147
III. Zusammenfassung	148
E. Ergebnis	148

### 3. Kapitel

<b>Das uneigentliche Organisationsdelikt</b>	149
A. Materiell-rechtlich: Uneigentliches Organisationsdelikt	149
I. Rechtsprechungübersicht	149
1. Fall 9: BGH, Beschl. v. 31.01.2012 – 3 StR 285/11	149
2. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12	150
3. Fall 10: BGH, Beschl. v. 15.10.2013 – 3 StR 154/13	150
4. Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13	150
5. Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13	150
6. Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14	151
7. Fall 15: BGH, Urt. v. 19.11.2015 – 4 StR 115/15	151
8. Fall 16: LG Düsseldorf, Urt. v. 31.07.2014 – 14 KLS – 130 Js 44/09–10/12	151
II. Uneigentliches Organisationsdelikt	152
1. Geschäftsbetrieb	153
2. Tatbeiträge	155
a) Aufbau, Aufrechterhaltung und Ablauf	155

b)	Keine eigenhändige Deliktsbegehung und keine individuellen, nur eine Tat fördernde Tatbeiträge .....	156
c)	Zusammenhang mit der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft .....	157
3.	Erfordernis einer Beteiligungskonstellation .....	158
a)	Allgemeine Konkurrenzlehre bei mehreren Beteiligten .....	158
b)	Grundsätzliche Erforderlichkeit des Nachweises der Haupttat für Bestrafung des mittelbaren Täters/Mittäters/Teilnehmers .....	159
c)	Rechtsprechung zum uneigentlichen Organisationsdelikt .....	159
aa)	Unbekannt gebliebene unmittelbare Täter oder Tatmittler .....	160
bb)	Wechselseitige Anwendung bei allen Beteiligten .....	160
cc)	Keine Beteiligungskonstellation beim unmittelbaren Täter .....	160
dd)	Zwischenergebnis .....	162
d)	Rechtsprechung zum uneigentlichen Organisationsdelikt beim Massenbetrug .....	162
aa)	Tateinheit bei allen Beteiligten .....	162
(1)	Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12 .....	162
(2)	Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13 .....	163
(3)	Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13 .....	163
(4)	Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14 .....	164
(5)	Fall 16: LG Düsseldorf, Urt. v. 31.07.2014 – 14 KLS – 130 Js 44/09–10/12 –, juris .....	164
bb)	Tateinheit beim Alleintäter .....	165
(1)	Fall 9: BGH, Beschl. v. 31.01.2012 – 3 StR 285/11 .....	165
(2)	Fall 10: BGH, Beschl. v. 15.10.2013 – 3 StR 154/13 .....	165
cc)	Ergebnis .....	166
4.	Materiell-rechtliche Rechtsfolgen des uneigentlichen Organisationsdelikts .....	167
a)	Konkurrenzen .....	167
aa)	Tatbestandliche vs. rechtliche Handlungseinheit (sui generis) .....	167
bb)	Tateinheit .....	168
b)	Strafzumessung .....	169
B.	Prozessual: Beweiserleichterungen über die Konkurrenzen .....	170
I.	Bestimmung der Konkurrenzen anhand der Feststellbarkeit der Einzelakte .....	170
II.	Keine konkrete Feststellung der Einzeldelikte .....	171
III.	Auswirkungen auf den Irrtumsnachweis .....	173
C.	Bewertung .....	173
I.	Positive Aspekte .....	174
II.	Kritik .....	174
1.	Schuldprinzip und Unschuldsvermutung .....	174
a)	Folgen des Verzichts auf eine Beteiligungskonstellation .....	175
aa)	Beim unmittelbaren Täter .....	176
(1)	Verschiebung der Tathandlung .....	176

(2) Drohende faktische Ersetzung einer etwaigen mittelbaren Täterschaft .....	177
bb) Bei Mittätern .....	179
cc) Bei Teilnehmern .....	180
b) Bestimmung der Konkurrenzen anhand der konkret feststellbaren Einzeldelikte .....	180
c) Konsequenz: Bestrafung nicht nachweisbarer Delikte .....	181
d) Zusammenfassung .....	182
2. Ablehnung des uneigentlichen Organisationsdelikts wegen Ähnlichkeit zur abgeschafften Rechtsfigur der fortgesetzten Tat .....	182
a) Früher vertretene konkurrenzrechtliche Rechtsfiguren .....	184
b) Abgeschaffte Rechtsfigur der fortgesetzten Handlung .....	186
aa) Frühere Rechtsprechung zur fortgesetzten Tat .....	186
bb) Aufgabe der Rechtsprechung durch BGHSt 40, 138 .....	187
cc) Reaktionen in der Wissenschaft und Vorschläge zur Substitution .....	189
(1) Fortgesetzte Handlung .....	190
(2) Natürliche Handlungseinheit .....	190
(3) Juristische Handlungseinheit .....	190
(4) Institutionalisiertes System .....	191
(5) Fortgesetzte Handlungseinheit .....	192
(6) Finale Handlungseinheit .....	192
(7) Tatmehrheit .....	192
c) Zusammenhänge der beiden Rechtsfiguren .....	193
aa) Ausgangsproblem .....	193
bb) Anwendungsbereich .....	195
(1) Gleichartigkeit des verletzten Rechtsguts .....	195
(2) Unterschiedliche Rechtsgutsträger .....	195
(3) Tathandlung: Vollständige Tatbestandsverwirklichung vs. Zurechnung .....	195
(4) Gleichartigkeit der Begehungsweise .....	196
(5) Räumlich-zeitlicher Zusammenhang .....	196
(6) Vorsatz .....	196
cc) Rechtsfolgen .....	197
dd) Ergebnis .....	198
d) Gründe der Abschaffung auch beim uneigentlichen Organisationsdelikt .....	198
e) Rechtfertigung aus Gründen der Praktikabilität und Prozessökonomie .....	199
f) Fazit .....	201
III. Zusammenfassung .....	202
D. Ergebnis .....	202

4. Kapitel

**Das normativ geprägte Vorstellungsbild**

	204
A. Rechtsprechungsübersicht	204
I. Fall 1: BGH, Urt. v. 05.12.2002 – 3 StR 161/02	204
II. Fall 2: BGH, Urt. v. 22.08.2006 – 1 StR 547/05	205
III. Fall 5: BGH, Urt. v. 17.07.2009 und Beschl. v. 09.06.2009 – 5 StR 394/08	206
IV. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12	206
V. Fall 17: BGH, Urt. v. 22.11.2013 – 3 StR 162/13	207
VI. Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13	208
VII. Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13	209
VIII. Fall 18: BGH, Beschl. v. 17.06.2014 – 2 StR 658/13	209
IX. Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14	210
X. Fall 4: BGH, Urt. v. 12.02.2015 – 2 StR 109/14	211
XI. Fall 12: BGH, Beschl. v. 01.10.2015 – 3 StR 102/15	211
XII. Fall 15: BGH, Urt. v. 19.11.2015 – 4 StR 115/15	212
XIII. Fall 16: LG Düsseldorf, Urt. v. 31.07.2014 – 14 KLs – 130 Js 44/09–10/12	212
B. Materiell-rechtlich: Normativierung der Tatbestandsmerkmale	213
I. Normativierung des Täuschungsmerkmals	213
1. Rechtsprechungsübersicht	213
a) Fall 5: BGH, Beschl. v. 09.06.2009 – 5 StR 394/08	213
b) Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13	214
c) Fall 7: BGH, Urt. v. 22.05.2014 – 4 StR 430/13	216
d) Fall 3: BGH, Urt. v. 10.12.2014 – 5 StR 405/13	217
e) Fall 4: BGH, Urt. v. 12.02.2015 – 2 StR 109/14	217
2. Der objektive Empfängerhorizont	218
II. Normativierung des Irrtumsmerkmals	218
1. Rechtsprechungsentwicklung	218
a) Standardisierte, auf massenhafte Erledigung ausgerichtete Abrechnungsverfahren	218
b) Normativ geprägtes Vorstellungsbild	219
c) Verzicht auf Benennung des normativ geprägten Vorstellungsbilds	220
d) Normativ geprägtes Vorstellungsbild ohne Massenbetrug	220
2. Begriff und Voraussetzungen	221
a) Einfachheit des Vorgangs	221
b) Massenhaftigkeit des Vorgangs	222
c) Keine individuelle Motivation zur Leistung	223
d) Prägende Umstände	224
3. Zusammenhang mit dem sachgedanklichen Mitbewusstsein	225
4. Irrtumsausschluss wegen Nachlässigkeit des Getäuschten	226

5. Normativierung des Irrtumsmerkmals durch die Einbeziehung des normativ geprägten Vorstellungsbilds .....	227
6. Zwischenergebnis .....	228
C. Prozessual: Beweiserleichterungen durch Indizienschluss .....	228
I. Indizienschluss vom Irrtum des einen auf den Irrtum des anderen .....	230
II. Schätzung einer Irrtumsquote .....	231
1. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12 .....	232
2. Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13 .....	232
III. Indizienschluss vom Geständnis des Angeklagten auf den Irrtum der Verfügenden .....	233
1. Ansicht des zweiten, dritten und vierten Senats .....	234
2. Ansicht des ersten und mittlerweile dritten Senats .....	235
a) Besonderheiten der Verweisungskette .....	237
aa) Dreiecksbetrug .....	238
bb) Arbeitsteilig tätige Unternehmen .....	238
cc) Massenhaftigkeit auf Seite der Verfügenden .....	240
b) Abweichende Sachverhaltskonstellation bei BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14 .....	241
c) Relevanz der Unterschiede .....	241
IV. Indizienschluss von äußeren Umständen auf den Irrtum der Verfügenden .....	241
V. Indizienschluss auf die Kausalität zwischen Irrtum und Vermögensverfügung .....	243
VI. Zusammenfassung .....	243
1. Divergierende Rechtsprechung .....	244
2. Vorlagepflicht .....	245
D. Bewertung .....	246
I. Positive Aspekte .....	247
II. Kritik .....	248
1. Analogieverbot .....	248
a) Erkennbarkeit der Norm .....	248
b) Überschreitung der Wortlautgrenze .....	250
aa) Keine Wortlautüberschreitung beim Täuschungsmerkmal .....	251
bb) Wortlautüberschreitung beim Irrtumsmerkmal wegen der Irrelevanz der tatsächlichen individuellen Vorstellung .....	252
(1) Verständnis des zweiten, dritten, vierten und fünften Senats .....	254
(2) Verständnis des ersten und mittlerweile zweiten und dritten Senats .....	255
c) Verstoß gegen das Verschleifungsverbot durch Vermengung und Rückbezug der Tatbestandsmerkmale .....	256
aa) Verschleifungs- oder Entgrenzungsverbot des Bundesverfassungsgerichts .....	256
bb) Vermengung der Tatbestandsmerkmale Täuschung und Irrtum .....	257
cc) Verstoß gegen das Verschleifungsverbot .....	258

2. Amtsaufklärungsgrundsatz .....	259
a) Zeuge als vorzugswürdiges, weil sachnächstes Beweismittel .....	260
b) Vergleich mit anderen Möglichkeiten des Umgangs mit Beweisschwierigkeiten .....	262
aa) Rechtsprechung zur Feststellung eines Mindestgesamtschadens .....	262
(1) Schätzung der Höhe des Vermögensschadens .....	262
(2) Ähnlichkeit zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug .....	263
(3) Unterschiede zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug .....	263
bb) Rechtsprechung zur Feststellung einer Mindestanzahl von Einzeltaten .....	265
(1) Feststellung einer Mindestanzahl der Einzeltaten im Sexualstrafrecht .....	265
(2) Feststellung einer Mindestanzahl der Einzeltaten im Wirtschaftsstrafrecht .....	266
(3) Kritik in der Literatur .....	267
(4) Ähnlichkeiten zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug .....	270
(5) Unterschiede zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug .....	270
cc) Zusammenhang mit der abgeschafften Rechtsfigur des Fortsetzungszusammenhangs .....	271
dd) Zusammenfassung .....	271
c) Entbehrlichkeit der weiteren Beweisaufnahme zum selben Beweisthema .....	272
aa) Meinungsstand zur Beweisantizipation im Rahmen der Amtsaufklärungspflicht .....	272
bb) Auswirkung auf den Irrtumsnachweis beim Massenbetrug .....	274
d) Unzureichende Aufklärung .....	275
aa) Hinsichtlich des Indizienschlusses aufgrund Zeugenvernehmungen <i>pars pro toto</i> .....	276
bb) Hinsichtlich der Schätzung einer Irrtumsquote .....	276
cc) Hinsichtlich des Indizienschlusses ohne Zeugenvernehmungen .....	277
dd) Denkbare Ausnahme: Massenhafter und standardisierter Charakter des Verfügungsgeschäfts .....	278
(1) Gleichheit der Täuschungshandlungen .....	278
(2) Massenhafter und standardisierter Charakter des Verfügungsgeschäfts .....	278
(a) Massenhaftigkeit des Verfügungsgeschäfts .....	279
(b) Standardisierung des Verfügungsgeschäfts .....	279
(3) Anwendung der Kriterien .....	279
(4) Ausreichende Aufklärung .....	280
ee) Vereinbarkeit mit dem Bundesverfassungsgericht .....	280
3. Beweiswürdigungsgrundsatz .....	282
a) Keine tragfähige Beweisgrundlage .....	282
aa) Beweiswürdigung von Indizien .....	282

bb) Indizienschluss beim Irrtumsnachweis .....	283
b) Ungenaue, pauschale Feststellungen .....	284
aa) Fall 5: BGH, Beschl. v. 09.06.2009 – 5 StR 394/08 .....	284
bb) Fall 14: BGH, Urt. v. 27.03.2014 – 3 StR 342/13 .....	285
cc) Massenhaftigkeit auf wessen Seite .....	286
c) Anscheinsbeweis und Beweislastumkehr .....	287
aa) Anscheinsbeweis beim Irrtumsnachweis .....	287
(1) Schluss von der erfolgten Vermögensverfügung auf den Irrtum ...	287
(2) Schluss von der Täuschung auf den Irrtum .....	288
bb) Beweislastumkehr .....	288
d) Zweifelsgrundsatz .....	290
4. Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	291
E. Ergebnis .....	291

## 5. Kapitel

<b>Die Verlesung von Fragebögen</b> .....	293
A. Rechtsprechungsübersicht .....	293
B. Einsatz von Fragebögen .....	294
I. Einführung der im Ermittlungsverfahren ausgefüllten Fragebögen in die Haupt- verhandlung .....	294
1. Erstellung im Ermittlungsverfahren .....	294
a) Schriftlichkeit .....	294
b) Freier Sachbericht .....	294
c) Erscheinungspflicht .....	295
2. Einführung in die Hauptverhandlung .....	295
a) Verlesung .....	296
aa) Verlesung als Ausnahme vom Unmittelbarkeitsgrundsatz .....	296
(1) Existenz oder Höhe eines Vermögensschadens, § 251 I Nr. 3 StPO	297
(2) Unerreichbarkeit, § 251 I Nr. 2 StPO .....	297
(3) Zustimmung der Verfahrensbeteiligten, § 251 I Nr. 1 StPO .....	298
bb) Einführung im Selbstleseverfahren .....	298
b) Vernehmung eines Ermittlungsbeamten .....	299
aa) Vernehmung eines Ermittlungsbeamten über die statistische Auswer- terung der Fragebogenaktion .....	299
bb) Vernehmung eines Ermittlungsbeamten über den Inhalt der beantwor- teten Fragebögen .....	299
II. Erstmöglicher Einsatz von Fragebögen im Hauptverfahren .....	300
C. Bewertung .....	300
I. Vorteile der Vorgehensweise .....	301

- II. Nachteile der Vorgehensweise ..... 301
  - 1. Zustimmungserfordernis ..... 301
  - 2. Freier Bericht ..... 301
  - 3. Durchsetzbarkeit ..... 302
- III. Vereinbarkeit mit den Verfahrensprinzipien ..... 302
  - 1. Unmittelbarkeitsgrundsatz ..... 303
  - 2. Amtsaufklärungsgrundsatz ..... 304
  - 3. Beweiswürdigungsgrundsatz ..... 304
  - 4. Konfrontationsrecht ..... 305
- D. Ergebnis ..... 306

6. Kapitel

**Die Vorschläge *de lege ferenda*** ..... 307

- A. Einführung eines neuen Straftatbestands in Form eines Eignungsdelikts (*Trüg*) ..... 307
- B. Erstreckung der Beschränkung der Strafverfolgung auf den Versuch in § 154a StPO (*Krell*) ..... 308

7. Kapitel

**Die Restriktionen im Beweisantragsrecht** ..... 310

- A. Rechtsprechungsübersicht ..... 311
  - I. Fall 5: BGH, Urt. v. 17.07.2009 – 5 StR 394/08 ..... 311
  - II. Fall 6: BGH, Beschl. v. 06.02.2013 – 1 StR 263/12 ..... 311
  - III. Fall 10: BGH, Beschl. v. 15.10.2013 – 3 StR 154/13 ..... 311
  - IV. Fall 11: BGH, Beschl. v. 04.09.2014 – 1 StR 314/14 ..... 312
  - V. Fall 8: BGH, Beschl. v. 03.02.2015 – 3 StR 544/14 ..... 313
- B. Gründe für die Ablehnung des Beweisantrages ..... 313
  - I. Ablehnung als bloßer Beweisermittlungsantrag ..... 313
  - II. Ablehnung wegen Bedeutungslosigkeit ..... 314
  - III. Ablehnung wegen Erwiehenheit ..... 316
  - IV. Ablehnung wegen Unerreichbarkeit ..... 316
  - V. Ablehnung wegen Verschleppungsabsicht ..... 318
  - VI. Ablehnung wegen Wahrunterstellung ..... 319
- C. Bewertung ..... 319

8. Kapitel

**Der eigene Vorschlag: Die Kombinationslösung** ..... 321

- A. Anwendungsvoraussetzungen ..... 322
  - I. Anforderungen an die Beschaffenheit der Täuschung ..... 322
  - II. Anforderungen an die Beschaffenheit des Irrtums ..... 322
  - III. Ausreichende Verbundenheit der Einzeldelikte durch einheitliches Strafverfahren ..... 323



IV. Ermittlungstechnische Ausnahmesituation beim Massenverfahren	323
B. Erster Baustein: Fragebögen	324
I. Inhaltliche Anforderungen an den Fragebogen	324
1. Vielzahl von Antwortmöglichkeiten	325
2. Keine Suggestion	325
3. Kein freier Bericht	325
II. Praktische Umsetzung	326
1. Online-Fragebögen	326
2. Kein Zwang zur Ausfüllung	327
3. Auswertung	327
III. Einführung in die Hauptverhandlung	328
1. De lege lata	328
a) Verlesung	328
b) Vernehmung des Sachbearbeiters	329
2. De lege ferenda	329
a) Das Krügersche Modell	330
b) AE Beweisaufnahme	331
aa) Aufgabe des materiellen Unmittelbarkeitsgrundsatzes	332
bb) Ersetzung einer Vernehmung, § 250 AE	333
cc) Rangfolge der Beweismittel, § 251 AE	333
dd) Verlesung von Schriftstücken, § 249 AE	334
ee) Bedeutung hinsichtlich der Einführung der beantworteten Fragebögen	335
c) Kleine Lösung durch § 251 I Nr. 4 StPO-E	336
IV. Mitwirkung des Beschuldigten oder seines Verteidigers	336
1. Zwecks Gewährleistung des Konfrontationsrechts	337
2. Möglichkeiten der Ausgestaltung	338
a) De lege lata	338
b) AE-Beweisaufnahme	339
aa) Staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Beschuldigtenvernehmung, § 163a Ia AE	339
bb) Verletzung des Konfrontationsrechts, § 253 AE	341
c) Kleine Lösung durch § 69 III 2 StPO-E	343
V. Zusammenfassung	343
C. Zweiter Baustein: Zeugenvernehmungen <i>pars pro toto</i> in der Hauptverhandlung	344
I. Erforderliche Stichprobengröße	345
II. Repräsentative Auswahl	345
III. Vertikale Kongruenz der Aussagen	346
D. Umgang mit den Ergebnissen	346
I. Übereinstimmende Aussagen als Ziel	346
II. Vorgehen bei Nichterreichen der erforderlichen Übereinstimmung	347

III. Vorgehen bei Erreichen der erforderlichen Übereinstimmung ..... 347

E. Beweisantragsrecht ..... 347

F. Vereinbarkeit mit den Verfahrensprinzipien ..... 349

    I. Analogieverbot ..... 349

    II. Amtsaufklärungsgrundsatz ..... 349

III. Beweiswürdigungsgrundsatz ..... 350

    1. Quantität durch Fragebögen ..... 350

    2. Qualität durch Zeugenvernehmungen ..... 351

IV. Unmittelbarkeitsgrundsatz ..... 351

V. Konfrontationsrecht ..... 352

VI. Effektive Strafverfolgung, Beschleunigungsgrundsatz, Verfahrensökonomie ..... 352

G. Praxistauglichkeit ..... 353

H. Zusammenfassung ..... 354

**Fazit** ..... 355

**Literaturverzeichnis** ..... 360

**Sachwortregister** ..... 372

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
AE	Alternativ-Entwurf
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AMK	Arzt- und Medizinrecht kompakt
BAnz AT	Amtlicher Teil des Bundesanzeigers
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVSG	Bayerisches Verfassungsschutzgesetz
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	Sammlung der BGH-Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BSR	Berliner Stadtreinigungsbetriebe
BT-Drucks.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BvL	Aktenzeichen des BVerfG für Normenkontrollantrag auf Vorlage der Gerichte, Art. 100 I GG
BvR	Aktenzeichen des BVerfG für Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4a GG
CR	Computer und Recht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Entscheidungssammlung des EuGH
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GKG KV	Kostenverzeichnis in Anlage 1 des Gerichtskostengesetzes
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber

Hs.	Halbsatz
i.S.d.	im Sinne des/der
JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
JZ	Juristenzeitung
KV	Kassenärztliche Vereinigung
KZV	Kassenzahnärztliche Vereinigung
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht
MRK	Menschenrechtskonvention
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NRWE	Rechtsprechungsdatenbank der Gerichte in Nordrhein-Westfalen
NSZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NSZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungs-Report Strafrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OK	Organisierte Kriminalität
OLG	Oberlandesgericht
Os.	Orientierungssatz
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeit
PharmR	Pharma Recht
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungssammlung des Reichgerichts in Strafsachen
Rn.	Randnummer
s.	siehe
s.a.	siehe auch
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung
StB	Aktenzeichen für Beschwerden in Strafsachen
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StR	Aktenzeichen für Revisionen in Strafsachen
StraFo	Strafverteidiger Forum
StRR	StrafRechtsReport
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StV	Der Strafverteidiger
SVerfSchG	Saarländisches Verfassungsschutzgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
v.	vom
Var.	Variante
VerfSchG	Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz (Hessen)

vgl.	vergleiche
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer und Strafrecht
WiStrG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts
WuB	Zeitschrift zum Wirtschafts- und Bankrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

## Einleitung

„[...] Andererseits genießt der Betrüger von jeher eine gewisse Sympathie. Man bewundert die in der List steckende Fantasie des Täters. Angesichts der häufig festzustellenden Dummheit, oft auch Gier des Opfers, ist das Bedauern mit einem kräftigen Schuss Schadenfreude durchsetzt.“<sup>1</sup>

Derartige Empfindungen, wie sie *Heinrich* anschaulich beschreibt, können einen insbesondere beim Massenbetrug überkommen. Es gehört schließlich schon einiges an Raffinesse und Kreativität dazu, eine fünf- oder sechsstelligen Anzahl an Personen zu täuschen und zu schädigen. Ob sich zum Bedauern tatsächlich die Schadenfreude mischt, mag von der Sachverhaltsgestaltung und der persönlichen Einstellung abhängen. Anders gewendet kann man sich nämlich auch fragen, „[w]arum es die Rechtsordnung tolerieren sollte, wenn jemand durch ein ‚Screening‘ ganzer Bevölkerungsgruppen die für ihn passenden Opfer herausfiltert“<sup>2</sup>. Mehr noch als mit diesen materiell-rechtlichen Fragen nach einer Schutzbedürftigkeit der Täuschungsoffer wird sich die vorliegende Dissertation mit der prozessualen Frage beschäftigen, wie in solchen Massenbetrugsverfahren mit einer sehr großen Anzahl an getäuschten bzw. irrenden und verfügenden Personen umgegangen wird. In einem Strafverfahren wegen Betrugsverdachts wird man die verfügenden Personen in der Regel über ihr Vorstellungsbild vernehmen, das sie hinsichtlich der Tatsachen hatte, auf denen die Vermögensverfügung beruhte. Dass eine mündliche Zeugenvernehmung einer mehrstelligen Anzahl von Betrugsopfern den Strafprozess vor Herausforderungen stellt, leuchtet ein. Der Strafprozess muss mit solchen Massenbetrugsverfahren umgehen und steht spätestens in der Hauptverhandlung vor der Frage, wie der Irrtumsnachweis bei jedem einzelnen Betrugsopfer erbracht werden kann. Der Irrtum ist ein Tatbestandsmerkmal des Betrugs gemäß § 263 I StGB und als solches im Prozess festzustellen. Neben anderen spannenden Fragen, welche die Tatbestandsmerkmale der Täuschung oder des Vermögensschadens betreffen, ist die Feststellung des Irrtums der Knackpunkt, der ein Massenbetrugsverfahren vor ein schier unlösbares Problem stellt.

---

<sup>1</sup> *Arzt/Weber/Heinrich*, § 20 Rn. 2.

<sup>2</sup> *Erb*, ZIS 2011, 368 (375).

In einem der größten Wirtschaftsstraftprozesse der Bundesrepublik lag den Firmengründern der „S&K-Unternehmensgruppe“ zur Last, rund 11.000 Anleger um ca. 240 Mio. € gebracht zu haben. Die Betrugsvorwürfe wurden schließlich eingestellt – weil das eine weitere jahrelange Beweisaufnahme bedeutet hätte – und die Hauptangeklagten 2017 wegen Untreue zu je achteinhalb Jahren Gesamtfreiheitsstrafe verurteilt.<sup>3</sup> Musste das Landgericht Frankfurt hier vor der schieren Masse kapitulieren?

Dieser Problematik des Irrtumsnachweises in der Hauptverhandlung beim Massenbetrug mit einer großen Vielzahl an Zeugen widmet sich die vorliegende Arbeit und versucht, Antworten für den Umgang mit solchen Strafverfahren für die Praxis zu geben.

Zwar hat es schon immer auch Betrugsfälle mit hohen Geschädigtenzahlen gegeben. Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat allerdings erst in den letzten Jahren von ca. 2012 bis 2016 neue Strategien und dogmatische Konstruktionen entwickelt, um der Problematik des Irrtumsnachweises Herr zu werden. Die Wissenschaft diskutiert diese Thematik vor allem in Anmerkungen und Besprechungen von entsprechenden Gerichtsurteilen. Hervorzuheben sind insbesondere die wissenschaftlichen Beiträge von *Trüg*<sup>4</sup> und *Kuhli*<sup>5</sup>.

Eine Erklärung für die manchmal bis zu sechsstelligen Geschädigtenzahlen mag in den erweiterten Möglichkeiten durch die Telekommunikationstechnologie liegen. Die praktische Bedeutung des Massenbetrugs hat durch die technische Entwicklung und dabei insbesondere durch die Möglichkeiten des Internets, sei es zum Versand von Informationen oder als Recherchemittel, in den letzten anderthalb Jahrzehnten deutlich zugenommen.<sup>6</sup> Die digitale Entwicklung hat Recherche- und Kommunikationsmöglichkeiten hervorgebracht, die die serienweise Begehung von Täuschungen erleichtern und den Massenbetrug „erst lukrativ werden lassen“.<sup>7</sup> *Arzt* meint sarkastisch, Massentests auf Leichtsinn oder Dummheit seien so billig geworden, dass sich die Investition schon lohne, wenn die Quote der Dummen oder Leichtsinnigen im tiefen Promillebereich liege.<sup>8</sup> Aus kriminologischer Sicht wirken *Kölbels* zufolge Rahmenbedingungen der Kommunikationstechnologien tatförderlich, die durch die Anonymität und geringe Schädigung der Betroffenen die Hemmschwelle senken, die Erreichbarkeit der Opfer sichern, eine spezifische Verwundbarkeit dadurch bedingen, dass bei Bagatellausgaben eine verminderte Vorsicht

---

<sup>3</sup> Pressemitteilung des LG Frankfurt vom 29.03.2017, Az.: 5/28 KLS 7310 Js 230995/12 (1/15), juris.

<sup>4</sup> *Trüg*, HRRS 2015, 106.

<sup>5</sup> *Kuhli*, StV 2016, 40.

<sup>6</sup> *Kudlich*, ZWH 2015, 105.

<sup>7</sup> *Kuhli*, StV 2016, 40 (40 f.); vgl. auch *Krell*, NSTZ 2014, 686 (689).

<sup>8</sup> *Arzt*, FS Tiedemann, 595 (597).

an den Tag gelegt werde und das Vorgehen durch relevante Erlöse bei geringem technischen Aufwand finanziell attraktiv machen.<sup>9</sup>

Eine ausführliche wissenschaftliche Aufarbeitung der materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Probleme des Irrtumsnachweises beim Massenbetrug fehlt bislang. Diese Arbeit möchte dazu einen Beitrag leisten. Dazu wird zum einen eine systematische und strukturierte Übersicht über die relevante Rechtsprechung dargeboten. Diese divergiert teilweise stark, sei es zwischen den Instanzgerichten und den Senaten des Bundesgerichtshofes, sei es unter den Strafsenaten des Bundesgerichtshofes selbst. Zum anderen werden die von Rechtsprechung und Literatur angebotenen Lösungsansätze bewertet. Hinter allem steht die einfache Frage, wie der Irrtumsnachweis beim Massenbetrug in der Hauptverhandlung auf rechtsstaatliche Weise gelingen kann. Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Dennoch wird abschließend ein eigener Lösungsvorschlag angeboten, der versucht, alle relevanten Aspekte zu berücksichtigen, die sich bei den anderen Lösungsansätzen als problematisch und kritikwürdig herausgestellt haben.

Die Arbeit konzentriert sich auf den in der Hauptverhandlung zu erbringenden Irrtumsnachweis. Nebenschauplätze, die bei Massenverfahren ebenfalls interessant werden können, wie die Darstellung der Tat in der Anklageschrift und im Urteil, die Rechtskraft und der Strafklageverbrauch, werden weitgehend ausgeklammert.

Der erste Teil führt zur verfahrensrechtlichen Problematik bei Massenbetrugsverfahren hin. Die die Beweisaufnahme prägenden Verfahrensprinzipien sind Maßstab und Rahmen der Überlegungen. Die rechtsstaatlich verträgliche oder besser: rechtsstaatlich gebotene Lösung des Problems der Beweiserhebung bei einer großen Vielzahl von Zeugen ist irgendwo im Kampffeld der für eine möglichst umfassende Beweiserhebung plädierenden Verfahrensprinzipien und den gegenläufigen, eine ausufernde Beweiserhebung vermeidenden Erwägungen zu suchen.

Der zweite Teil lenkt die Aufmerksamkeit auf die Besonderheiten des Betrugstatbestands. Er stellt die hier relevanten Tatbestandsvoraussetzungen des Betrugs – insbesondere im Hinblick auf ihre Normativität – dar, veranschaulicht die typischen Sachverhaltskonstellationen in Fallgruppen des Massenbetrugs und arbeitet die phänomenologischen Besonderheiten beim Massenbetrug heraus.

Der dritte Teil widmet sich der zentralen Frage der Lösungsansätze zum Irrtumsnachweis beim Massenbetrug. Die zum Massenbetrug ergangenen relevanten Entscheidungen werden analysiert, wobei sich mehrere unterscheidbare Lösungsansätze der Rechtsprechung herauskristallisieren. Viele Urteile enthalten auch Aussagen zu mehreren dieser Lösungsansätze und werden daher mehrfach relevant. Die materiell-rechtlichen und prozessualen Voraussetzungen der möglichen Vorgehensweisen werden dargestellt und das Vorgehen dogmatisch eingeordnet. Anschließend werden die Lösungsansätze auf ihre Vereinbarkeit mit den Verfahrensprinzipien und auf ihre Tauglichkeit als Strategie zur Bewältigung von Massenbe-

---

<sup>9</sup> *Köbel*, JuS 2013, 193 (194).